



Rosenstadt | ZWEIBRÜCKEN

17.02.2023

Niederschrift

über die 37. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 01.02.2023, 17:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Bürgermeister Christian
Gauf

Stadtvorstand

Beigeordnete Christina
Rauch

Ratsmitglieder

Anne Bauer
Theresa Baumann
Herbert Beckmann
Harald Heinz-Peter Benoit
Udo Brünisholz
Pascal Dahler
Barbara Danner-Schmidt
Falk Dettweiler
Kurt Dettweiler
Bernhard Düker
Thomas Eckerlein
Rolf Franzen
Klaus Fuhrmann
Anja Gauf-de Gruisbourne
Thorsten Gries
Heinrich Grim
Bernd Henner
Aaron Holaus
Jonas Keuchel
Gerhard Maurer
Elisabeth Metzger
Stéphane Moulin
Anne Oberle
Dagmar Pohlmann

(bis 19:05 Uhr, TOP I/13)

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Dr. Norbert Pohlmann
Walter Rimbrecht (bis 18:50 Uhr, TOP I/12)
Achim Ruf (bis 18:40 Uhr, TOP I/11)
Gertrud Schiller
Aaron Schmidt (bis 19:05 Uhr, TOP I/13)
Dirk Schneider
Sara-Kim Schneider
Dr. Ulrich Schüler
Pervin Taze (bis 19:05 Uhr, TOP I/13)

Protokollführung

Alessa Buchmann

von der Verwaltung

Hans-Joachim Altvater
Werner Boßlet
Dr. Annegret Bucher
Benedikt Burkey
Dr. Julian Dormann
Tim Edinger
Peter Ernst
Jörg Eschmann
Nicole Hartfelder
Rudolf Hartmann
Jens John
Natalia Jörg
Barbara Kirsch-Hanisch
Barbara Kleiner
Steffen Mannschatz
Christian Mayer
Christian Michels

Gäste

Dr. Sven Fries (Büro Dr. Fries)
Yvonn Weber (Büro Dr. Fries)

Abwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr.
Marold Wosnitza

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar
Verena Ecker
Atilla Eren
Dr. Christoph Gensch
Patrick Lang
Frank Schmid
Klaus Peter Schmidt

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Tagesordnung

- 1 Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt „Soziale Stadt – entlang des Hornbachs/Breitwiesen“
Hier: Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK),
Information über den Sachstand
- 2 Verlängerung des Optionszeitraums § 2b UStG (neues Umsatzsteuerrecht für die öffentliche Hand) und Sachstand Tax Compliance Management System
Vorlage: 20/2671/2023
- 3 Umwelt- und Servicebetrieb - Anstalt des öffentlichen Rechts (UBZ); Änderung der Anstaltssatzung"
Vorlage: 30/2674/2023
- 4 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Aufstellung der Flächennutzungsplanteiländerung 20 „Erweiterung Zweibrücken Fashion Outlet"
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB
Vorlage: 60/2669/2023
- 5 Bebauungsplanverfahren IX 38 „Wohnen am Kirchberg" mit parallelem Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans FNP 19 „Kirchberg";
Auftragshöhung für Planungsleistungen
Beschlussfassung
Vorlage: 60/2663/2023
- 6 Neubau der viergruppigen Kindertagesstätte in der Gabelsbergerstraße;
Auftragserweiterung Kücheninstallation
Beschlussfassung
Vorlage: 60/2672/2023
- 7 Neubau Quartierstreff mit kleinem Multifunktionsraum an der Ecke Masurenstraße / Allensteinstraße
Auftragserweiterung der Objektplanung nach HOAI
Beschlussfassung
Vorlage: 60/2675/2023
- 8 Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 10/2655/2023
- 9 Ergänzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 10/2668/2023
- 10 Antrag: Ausweisung von "Rettungspunkten" im Stadtgebiet;
Antrag der Fraktion der SPD
Vorlage: 10/2676/2023
- 11 Antrag: Bildung einer Prüfungskommission Spundwand;
Antrag der Fraktion der FWG

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Vorlage: 10/2677/2023

- 12** Unterstützung der Resolution zu Kerosin-Ablässen über dem Pfälzerwald;
Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP, FWG, AfD und bürgernah
Vorlage: 10/2679/2023
- 13** Anfragen von Ratsmitgliedern
- 14** Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Er begrüßt Frau Anne Oberle als neues Ratsmitglied und weist darauf hin, dass eine heutige Verpflichtung nicht erforderlich ist, da diese bereits im letzten Bau- und Umweltausschuss erfolgt ist.

Punkt 1: **Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt „Soziale Stadt – entlang
(öffentlich)** **des Hornbachs/Breitwiesen“**
Hier: Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes
(IEK),
Information über den Sachstand

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Dr. Fries und bittet ihn um einen kurzen Sachstandsbericht.

Anhand einer im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellten Präsentation informieren Herr Dr. Fries und seine Mitarbeiterin, Frau Weber, den Stadtrat über den aktuellen Sachstand. In diesem Zusammenhang stellt er heraus, dass auf Basis der vorgestellten Zwischenergebnisse das integrierten Entwicklungskonzept fortgeschrieben wird und man eine Fokussierung auf die Themenschwerpunkte

- Quartiere mit besonderen Herausforderung,
- Ortsmitte Bubenhausen und
- das Umfeld der Schlachthofstraße

setze.

Auf Rückfrage zum Zeitplan für das zugehörige Konzept, gibt Herr Dr. Fries an, dass das Ziel sei, dass dieses dem Stadtrat im Mai vorgestellt werden könne.

U.a. vor dem Hintergrund der finanziellen Mittel, die der Stadt zur Verfügung stünden, könne man sagen, dass in Zweibrücken in diesem Bereich viel bewegt und verbaut worden und man gut aufgestellt sei.

Die fertigen Planungen zur Schlachthofstraße an sich solle nach seinem Kenntnisstand nicht mehr verändert werden, die anzugehenden Planungen beziehen sich auf den Außenbereich/die Freiflächen um die Schlachthofstraße.

Zudem informiert er auf Rückfrage hin, dass die zuletzt erfolgten Maßnahmen im Bereich der Breitwiesen über ein es Sonderprogramm gelaufen seien.

Verteiler:

60

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 2:
(öffentlich)

**Verlängerung des Optionszeitraums § 2b UStG (neues
Umsatzsteuerrecht für die öffentliche Hand) und Sachstand Tax
Compliance Management System
Vorlage: 20/2671/2023**

Der Vorsitzende bittet Herrn Dr. Dormann um kurze Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Dr. Dormann informiert den Stadtrat anhand einer im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation über den aktuellen Sachstand.

Es gibt keine Rückfragen.

Verteiler:
20

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 3: **Umwelt- und Servicebetrieb - Anstalt des öffentlichen Rechts**
(öffentlich) **(UBZ); Änderung der Anstaltssatzung"**
 Vorlage: 30/2674/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der anliegende Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung für den Umwelt- und Servicebetrieb Zweibrücken – Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Zweibrücken, vom 17. Februar 2003, zuletzt geändert durch Satzung vom 20. Januar 2023“ wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

30

84

10.2.1

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 4: **Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
(öffentlich)** **Aufstellung der Flächennutzungsplanteiländerung 20
„Erweiterung Zweibrücken Fashion Outlet“
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB
Vorlage: 60/2669/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

Beschluss:

1. Der Beschluss zur Aufstellung der Flächennutzungsplanteiländerung 20 „Erweiterung Zweibrücken Fashion Outlet“ wird gefasst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 5: **Bebauungsplanverfahren IX 38 „Wohnen am Kirchberg“ mit**
(öffentlich) **parallelem Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans FNP 19**
 „Kirchberg“;
 Auftragshöhung für Planungsleistungen
 Beschlussfassung
 Vorlage: 60/2663/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Rückfrage von Ratsmitglied Dettweiler, FWG, wird klargestellt, dass es sich um eine Erhöhung **UM** 20.646,50 € (von 49.353,50 € auf 70.000 €) handelt. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend zur Klarstellung angepasst.

Ratsmitglied Benoit, AfD, kritisiert, dass die Ratsmitglieder im Vorfeld nicht informiert worden seien, dass und warum die Planung teurer werde. Es entstände der Eindruck, dass man den Rat nicht informiere und dieser bei der Beschlussfassung zur Vergabe bei Kostenerhöhungen nur noch zustimmen könne, da sonst das Baugebiet laut Vorsitzendem nicht zustande käme. Zudem frage er sich, ob hier der Auftrag zur Kostenerhöhung erfolgt sei, bevor der Ausschuss/Stadtrat die Zustimmung erteilt habe.

Herr Michels, Bauamt, erläutert, dass die weiteren Verfahrensschritte erforderlich seien und diese besonderen Leistungen zu dieser Kostenerhöhung geführt hätten. Der Bau- und Umweltausschuss wie auch der Stadtrat seien zudem seines Erachtens in alle baurechtlichen Verfahrensschritte eingebunden und darüber informiert.

Frau Kirsch-Hanisch, Bauamt, ergänzt auf Rückfrage hin, dass der Satzungsbeschluss vor den Sommerferien geplant sei.

Auf Rückfrage bestätigt Herr Michels, dass alle Kosten – auch die heute beschlossene Auftragsserhöhung – vollumfänglich auf die Erschließung umlagefähig sei.

Ratsmitglied Benoit, AfD, kritisiert, dass sich die dortigen Bauplätze bald Niemand mehr leisten könne.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag der Firma agstaUMWELT GmbH, Saarbücker Straße 178, 66333 Völklingen wird ~~von~~ **UM** 20.646,50 € ~~um~~ **VON** 49.353,50 € auf 70.000,-- € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	0
Enthaltung:	7

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Verteiler:

60

30

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 6: **Neubau der viergruppigen Kindertagesstätte in der**
(öffentlich) **Gabelsbergerstraße;**
 Auftragserweiterung Kücheninstallation
 Beschlussfassung
 Vorlage: 60/2672/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Hartmann, Bauamt, erläutert, dass die Abzugshaube zwar in der Planung enthalten, in der Ausschreibung dann aber vergessen wurde. Da die Kosten in der Kostenschätzung enthalten gewesen seien, sei keine Erhöhung bei den Honorarkosten der Planung zu befürchten. Zudem werde man in Gesprächen mit dem zuständigen Büro klären, ob die jetzige Kostenerhöhung über deren Versicherung getragen werden könne.

Auf die Rückfrage, ob möglicherweise ein anderer Bieter den Zuschlag bekommen hätte, wenn die Abzugshaube entsprechend angefragt und angeboten worden wäre, gibt Herr Michels an, dass alle Bieter dieselbe Anfrage erhalten hätten. Zudem bestätigt er, dass Bieter eigentlich verpflichtet seien, bei nicht schlüssigen Angebotsanfragen entsprechende Hinweise zu geben.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag der Fa. Gastro-Service, Forsthausstr. 3, 56290 Dommershausen-Sabershausen, wird von 61.114,72 € um 12.561,65 € auf 73.676,37 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	3

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

30

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 7: **Neubau Quartierstreif mit kleinem Multifunktionsraum an der**
(öffentlich) **Ecke Masurenstraße / Allensteinstraße**
 Auftragserweiterung der Objektplanung nach HOAI
 Beschlussfassung
 Vorlage: 60/2675/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Michels ergänzt auf Rückfragen hin, dass die Mehrkosten in das Projekt einfließen, aber auch entsprechend bezuschusst werden. Nach aktuellem Stand werde man das Projekt dennoch im geplanten Kostenrahmen abschließen. Die Thematik des Hochwasserschutzes sei von Beginn an bekannt gewesen und entsprechend berücksichtigt worden. Die SGD habe jedoch einen erhöhten Klärungsbedarf und erhöhte Anforderungen gehabt.

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

Der Auftrag des Ingenieurbüros Blanz Architekten, Pont-à-Mousson-Ring 1, 66849 Landstuhl, wird von 116.314,12 € um 12.331,49 € auf 128.645,61 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	1
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

60

30

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 8:
(öffentlich)

**Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem.
§ 33 Abs. 2 GemO
Vorlage: 10/2655/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und unterrichtet den Stadtrat entsprechend.

Es gibt keine Rückfragen.

Verteiler:
10.2.1

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 9: **Ergänzung von Ausschüssen und Gremien**
(öffentlich) **Vorlage: 10/2668/2023**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Es gibt keine Einwände gegen eine offene Abstimmung.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Dem Vorschlag zur Nachbesetzung im Haupt- und Personalausschuss sowie im Kulturausschuss durch Frau Anne Oberle wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	1

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1.2 m.d.B. um entsprechende Veranlassung und Informationsweitergabe

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 10: **Antrag: Ausweisung von "Rettungspunkten" im Stadtgebiet;**
(öffentlich) **Antrag der Fraktion der SPD**
 Vorlage: 10/2676/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Gries, SPD, führt den Antrag kurz aus.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Verwaltung ein entsprechendes Konzept auch in Bezug auf entstehende Kosten entwerfe und dieses erneut im Stadtrat vorstelle.

Es werden folgende Punkte angesprochen, die im Rahmen der Konzepterarbeitung einfließen sollten:

- wer für die künftige Instandhaltung und Betreuung der Rettungspunkte zuständig sei
- die Definition der gewünschten Bereiche im Stadtgebiet
- die Einbindung der Rettungsdienste.

Ratsmitglied Schneider, bürgernah, beantragt die Erweiterung um „Defi-Punkte“.
Mehrere Ratsmitglieder geben an, dass dieser Punkt keinen Bezug zum Antrag der SPD hat.

Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	1
Nein:	29
Enthaltung:	3

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Sodann fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept für eine Ausweisung von sogenannten Rettungspunkten an geeigneten Stellen im Stadtgebiet zu erstellen und dem Stadtrat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

41/32 i.S. Sicherheit und Ordnung/Wanderwege

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 11: **(öffentlich)**

Antrag: Bildung einer Prüfungskommission Spundwand;
Antrag der Fraktion der FWG
Vorlage: 10/2677/2023

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag und informiert den Stadtrat darüber, dass die Verwaltung selbstverständlich an einer lückenlosen Aufklärung interessiert sei und aus diesem Grund das Gutachten des Büros Katzenbach sowie die Unterstützung von Herrn Rechtsanwalt Besenbruch hinzugezogen habe. Sollte der Stadtrat darüber hinaus mehrheitlich das Bedürfnis haben, gemeinsam den Sachverhalt aufzuarbeiten, stellt sich die Verwaltung dem nicht entgegen. Dennoch halte man es für angebracht, bezüglich der Frage, was die Kommission im Einzelnen tun sollte und juristisch – bezogen auf das laufende Verfahren – überhaupt dürfe, der Zusammensetzung, etc. im Rahmen einer Ältestenratsitzung zu beraten. Er bittet sodann Herrn Dettweiler um Ausführung des Antrages.

Ratsmitglied Dettweiler, FWG, führt den Antrag kurz aus und erläutert, dass man keine reine Akteneinsicht wolle, sondern aufgearbeitete Informationen durch die Fachleute der Verwaltung.

Die Fraktionen SPD und Grüne sprechen sich beide gegen eine solche Kommission aus, da fraglich sei, was genau die Ratsmitglieder über die Experten (u.a. des Büro Katzenbachs) hinaus herausfinden sollten. Zudem sei die damit gebundene Personalkapazität nicht zielführend, da man für das anstehende Verfahren und der damit verbundenen Aufklärungsarbeit sicherlich genug Personal benötige und dieses nicht anderweitig beschäftigen sollte. Die Kommission erscheine rein als Raum, um Frust über die Situation abzulassen.

Ratsmitglied Benoit, AfD, sieht beim Stadtrat kein Recht auf diesen Umfang der Kontrolle im Rahmen der GemO.

Frau Buchmann führt aus, dass sie die Aussage von Herrn Benoit bestätigen könne. Die Gemeindeordnung sehe kein Recht vor, dass auf kommunaler Ebene eine Art Untersuchungsausschuss gebildet werde. Dies bedeute, dass der Rat die Verwaltung nicht zu einer solchen Bildung zwingen könne. Klar bestehe das Recht des Rates auf Bildung eines (reinen) Akteneinsichtsausschusses.

Dennoch sei die Verwaltung – wie es auch mit dem Oberbürgermeister abgestimmt sei – bereit, über ein reines Akteneinsichtsrecht im Rahmen einer Art Kommission zu sprechen, soweit das juristisch kein Problem für ein laufendes Verfahren ist (Rücksprache mit RA Besenbruch) und soweit ein solcher Wunsch überhaupt die Mehrheit im Rat fände.

Ratsmitglied Dr. Schüler sieht ein mögliches Problem einer solchen Kommission vor allem in der Frage, ob diese einem laufenden Verfahren entgegenstehe oder gar schaden könne.

Frau Dr. Bucher gibt auf erneute Rückfrage hin an, dass ein Akteneinsichtsausschuss möglich sei, ein Untersuchungsausschuss auf kommunaler Ebene nicht vorgesehen ist.

Ratsmitglied Dahler gibt an, die CDU-Fraktion könne den Antrag nachvollziehen, habe nur noch die Frage, in welcher Weise sich die FWG hierdurch neue Erkenntnisse erhoffe.

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Die FWG-Fraktion zieht den Antrag zunächst zurück und stimmt einer Klärung der Frage zu, ob eine solche Kommission für das laufende Verfahren schädlich sei. Wenn dies nicht der Fall sei, stelle sie den Antrag zur Bildung erneut.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass man für diese Klärung Herrn Rechtsanwalt Besenbruch ggf. in den nächsten Ältestenrat einladen könne.

Verteiler:

60

30

10

Punkt 12: **Unterstützung der Resolution zu Kerosin-Ablässen über dem
(öffentlich)** **Pfälzerwald;**
 **Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP, FWG, AfD und
 bürgerlich**
 Vorlage: 10/2679/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dahler, CDU, führt stellvertretend für die unterstützenden Fraktionen den Antrag kurz vor.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann gibt an, dass die Fraktion nicht gegen die angesprochene Thematik sei und den Kerosinablass nicht in Ordnung und auch nicht unbedenklich finde. Auch die offensive Diskussion sei zu begrüßen.

Allerdings gebe es bislang keine Nachweise/Messungen für hohe Werte nach solchen Ablässen und es gebe weitaus größere Bereiche des CO²-Ausstoßes, die jeder von uns viel einfacher reduzieren könnte. U.a. benennt er die Möglichkeit der Reduzierung von Flügen und damit automatisch der Reduzierung der Kerosin-Ablässe. Auch finde man die Forderung des Antrages zur Schaffung eines flächendeckenden Messstellennetzes nicht sonderlich vielversprechend.

Die Fraktion stimme nicht gegen die Resolution und rege auch keine Änderungen an, um den gemeinsamen Antrag der unterstützenden Fraktionen nicht entgegenzustehen. Die Fraktion Grüne werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Sodann fasst der Stadtrat folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat teilt die Bedenken des Gemeinderates Trippstadt.

Die Stadt Zweibrücken wird aufgefordert, sich der Resolution des Gemeinderates Trippstadt anzuschließen und ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	25
Nein:	0
Enthaltung:	6

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Ratsmitglied Fuhrmann befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

10.1.1 (Klärung Empfänger, Versand, Aufnahme in Datei Resolutionen sowie Ablage)

Punkt 13: **Anfragen von Ratsmitgliedern**
(öffentlich)

Es sind folgende Anfragen von Ratsmitgliedern eingegangen:

1. Anfragen von Ratsmitglied Benoit, AfD

1.1 Ambientebeleuchtung:

Ratsmitglied Benoit verweist auf im Haushalt eingestellte Mittel für Ambientebeleuchtung in Höhe von 200.000 €. Zwischenzeitlich sei die Beleuchtung an der Alexanderskirche auf ein Minimum reduziert. Er möchte wissen, ob es möglich wäre, die besagten 200.000 € aus dem Haushalt zu nehmen.

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

1.2 Homeoffice

Ratsmitglied Benoit verweist auf die gestiegene Zahl der sich im Homeoffice befindlichen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, obwohl die Verpflichtung zum Corona-Homeoffice entfalle. Er verweist auf die gesetzlich vorgeschriebene Zeiterfassung und möchte wissen, wie dies bei Mitarbeitenden im Homeoffice gewährleistet würde bzw. wie die Überwachung der abzuleistenden Stunden erfolge.

Antwort:

Der Vorsitzende gibt an, dass die Zeiterfassung besagter Mitarbeitenden neuerdings über den PC erfolge.

1.3 Bahnhaltepunkt Rosengarten

Ratsmitglied Benoit bittet um Mitteilung der Nutzerzahlen des Bahnhaltepunktes Rosengarten.

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

2. Anfrage von Ratsmitglied Dahler, CDU

Verkehrsplanung Bahnhaltepunkt Rosengarten und Querungshilfe/Umbau Steinhauserstraße

Ratsmitglied Dahler bittet um Beantwortung folgender Fragen:

Wie weit sind die Gespräche mit dem LBM?

Bekommt der Stadtrat die Pläne vorgesellt?

Steht es dem Stadtrat zu – und in wie weit – in die Planungen einzugreifen oder steht ein Fiasko „Rimschweiler 2.0“ bevor?

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

3. Anfragen von Ratsmitglied Gries, SPD

1.1 Verkehrsplanung Bahnhofpunkt Rosengarten

Ratsmitglied Gries bittet um eine Gesamtvorstellung der Planungen zum Bahnhofpunkt Rosengarten im nächsten Bau- und Umweltausschuss.

Antwort:

Der Vorsitzende wird die Anregung entsprechend weitergeben.

1.2 Weihnachtsmarkt Boulogne-sur-Mer

Ratsmitglied Gries erinnert, dass traditionell eine Equipe aus Zweibrücken auf dem Weihnachtsmarkt in Boulogne-sur-Mer vertreten war und dort Speisen und Getränke verkauft habe. Er dankt allen Beteiligten, Gönnern und Unterstützern, dankt für die Gastfreundschaft und informiert, dass man 3.900 € erzielt habe, welche dem Kinderschutzbund in Boulogne gespendet worden seien.

4. Anfrage von Ratsmitglied Henner, SPD

Behindertenbeauftragter

Ratsmitglied Henner möchte wissen, in welchem Umfang der ehemalige Stelleninhaber die Tätigkeit erfüllt habe.

Antwort: Der Vorsitzende gibt an, dass besagter Mitarbeiter die Stelle mit sechs Stunden pro Woche innehatte.

5. Anfrage von Ratsmitglied Dirk Schneider, bürgernah

Gebäudebeheizung und Sonnenstromnutzung

Ratsmitglied Schneider stellt folgende Anfrage:

Der Stadtrat hat einstimmig 400.000 Euro für die o.g. Bereiche in den Haushalt eingestellt.

Welche Summe wird die Verwaltung im Jahr 2023 von diesem Haushaltsbeschluss des Stadtrates tatsächlich verausgaben?

Was wird die Verwaltung dieses Jahr 2023 und 2024 tatsächlich leisten?

(Gebäude)

1. Welche Prioritäten setzt die Verwaltung bei der Umsetzung?

2. Wann erfolgen die ersten Ausschreibungen?

3. Welche Gebäude der Stadt werden als erste Gebäude von der Gaswärmeerzeugung auf Stromwärme umgestellt.

4, (Verkehr) Wird es noch bei diesem OB eigene für die Bürger günstige städtische Sonnenstromladesäulen geben?

Dekarbonisierung der Gebäudewärme. Weg von den klimaschädlichen Erdgas hin zu Eigenstromwärme?

4. Welchen Bezug und welche Eigenerzeugung hat die Stadt?

A) Stimmen meine Annahmen bei folgenden Energiezahlen?

Strom : 100% Bezug von Stadtwerken und 0% Eigenerzeugung, 0%

Eigennutzung

0% Sonnenstrom Eigennutzung, 0 kW Eigensolar auf städtischen Gebäuden und Parkplätzen

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Gas: 100% Gebäudewärmeversorgung mit Gaswärmepumpen Gasbrennern und Erdgas-BHKW

B) Wie hoch ist die Anzahl der städtischen Erdgas-BHKW, Gasbrenner, Erdgaswärmepumpen

C) Wie hoch war der absolute Gasbezug für alle Gebäudeheizungen der Stadt 2022 addiert inklusive der angemieteten Räume für die IT Verwaltung am Schlossplatz?

5. Was sind die jährlichen Umsetzungsziele des OB und der Bauverwaltung?

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

6. **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Pohlmann, Grüne**

Gemeineschwestern plus

Ratsmitglied Dr. Pohlmann gibt an, dass heute die beiden Gemeineschwestern plus beginnen. Zudem gebe es auch eine Vielzahl weiterer Angebote auch außerhalb der Stadtverwaltung – mit Dritten. Die Vorsitzende des Seniorenbeirates habe ihn in diesem Zusammenhang auf ein Rechtsgutachten hingewiesen, welches besage, dass Kommunen die offene Altenarbeit sicherstellen müssen. Das Gutachten zeige auf, dass die offene Altenarbeit keineswegs eine freiwillige Leistung sei, sondern die kreisfreien Städte und Landkreise solche Strukturen in einem gewissen Umfang vorhalten müssen.

Was bedeutet dieses Gutachten für unsere Stadt? Welche freiwilligen Leistungen erhalten auf dessen Grundlage Bestandsschutz oder sollen bzw. müssen sogar ausgebaut werden?

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

7. **Anfrage von Ratsmitglied Dettweiler, FWG**

Brand- und Katastrophenschutz – Notstromaggregate, Leuchttürme

Ratsmitglied Dettweiler stellt folgende Fragen:

Sind die Leuchttürme für den GAU vorbereitet?

Wo werden die Notstromaggregate gelagert?

Wie sind Ersatzteilverfügbarkeit, Service und Wartung organisiert und garantiert?

Sind sie betriebsbereit?

Welche baulichen Vorbereitungen sind konkret an den Leuchttürmen geschaffen?

Wie ist der aktuelle Stand der Stadt Zweibrücken?

Wer ist der Ansprechpartner in der Verwaltung für die Leuchttürme?

Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Verteiler:

20

81

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

10
60
I
11
50
37

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Punkt 14: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)

Einer Personalangelegenheit wurde zugestimmt.

37. Sitzung des Stadtrates am 01.02.2023

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:21 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Alessa Buchmann